



Sparvorschläge mit Ultimatum: Medizin-Rektor Lochs und Gesundheits-LR Bernhard Tilg dürften heute wohl einiges zu bereden haben. Foto: Murauer

Uni streicht Klinikdienste, Konflikt droht

Sollte es bis Februar zu keiner Zusatzfinanzierung kommen, will die Medizin-Uni Innsbruck die Facharztdienste ab April streichen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Um das drohende Budgetminus von 5,5 Mio. Euro auszugleichen, greift die Medizin-Uni zu drastischen Maßnahmen: Die im Vorfeld diskutierten Einsparungskündigungen wird es heuer nicht geben, dafür werden die Nachtdienste der Bundesärzte ab April eingestellt. Das

„Wegen des Budgetminus müssen Bund und Uni rasch eine Lösung finden.“

LR Bernhard Tilg
(VP-Gesundheitslandesrat)

beschlossen gestern Unirat, Rektorat und der Betriebsrat der Medizinischen Universität. „Die Maßnahmen werden umgesetzt, wenn bis Ende Februar keine Finanzzusage erfolgt, wie das Budgetdefizit zu decken ist“, betonten sie. Verwiesen wird auch auf das Arbeitszeitgesetz und die Nebentätigkeiten für die Landeskrankenanstaltengesellschaft Tilak. Man bedaure die Leistungskürzungen, aber man habe keine andere Wahl, heißt es.

Der Appell der Med-Uni richtet sich an die Klinikhalter Bund und Land. Jedenfalls droht ab April ein Engpass in der medizinischen Versorgung während der Nacht und an den Wochenenden, sollte es zu keiner Finanzspritze kommen. Dass Landesärzte die zusätzlichen Aufgaben übernehmen, wird schwierig sein. Die Kosten für die Tilak würden rund sechs Mio. Euro betragen. Neben der Kürzung der Facharztdienste wird es zudem keine Ausschreibung

neuer Professuren geben und der Umzug in das neue Biozentrum wegen ungelöster Betriebskostenfinanzierung verschoben.

Klare Worte findet Gesundheits-LR Bernhard Tilg zur Finanzmisere: „Der Bund muss am Medizinstandort Innsbruck seine Verantwortung wahrnehmen, wo es viele engagierte Mitarbeiter gibt.“ Die Tilak habe seit Jahren eine immer höhere finanzielle Last zu tragen, weil sich der Bund von Jahr zu Jahr zurückziehe. Tilg erklärt, dass der Bund in den 50er-Jahren am LKH Innsbruck noch 100 Prozent der Ärzte bezahlt und gestellt habe, heute nur noch 46 Prozent. „Im Gegensatz dazu stellt der Bund am AKH Wien aber immer noch 100% der Ärzteschaft. Das ist ein enormes Ungleichgewicht zu Ungunsten des Medizinstandortes Innsbruck.“ Der Gesundheitslandesrat spielt den Ball an Bund und Uni zurück: „Wegen des Budgetminus müssen sie rasch eine Lösung finden.“

Für Fritz Dinkhauser vom Bürgerforum ist es nicht einzusehen, „warum die Med-Uni Wien vom VP-Minister Töchterle eine Sonder-Geldspritze von neun Mio. Euro bekommt, derselbe ÖVP-Minister die Med-Uni in Innsbruck aber hängen lässt“. Er fordert eine rasche Lösung beim Budget und beim klinischen Mehraufwand. Diese ungelösten Probleme dürfe die ÖVP-Politik nicht weiter auf dem Rücken des engagierten Personals an der Klinik und der Patienten austragen. FPÖ-Chef Gerald Hauser schlägt in dieselbe Kerbe. „Die FPÖ lehnt ein Sparen auf dem Rücken der Patienten ab.“

Psychotherapeuten wollen mehr Geld, Kasse lehnt ab

3,2 Millionen Euro bezahlt die Gebietskrankenkasse für Psychotherapien. Die Therapeuten fordern mehr Kassenstellen und höhere Tarife.

Von Anita Heubacher

Innsbruck – 65 Euro bekommen Psychotherapeuten von der Gebietskrankenkasse (TGKK) pro Sitzung bezahlt. Dieser Tarif sei seit Jahren nicht angepasst worden. „Jeder Facharbeiter wird besser bezahlt“, kritisiert der Vorsitzende des Tiroler Landesverbandes für Psychotherapie (TLP), Karl-Ernst Heidegger gegenüber der *TT*. 80 bis 85 Euro stellen sich die Psychotherapeuten vor, wären angemessen. 300 Therapeuten rechnen tirolweit mit der TGKK ab.

Für Ärger sorgt allerdings nicht nur die Höhe des Tarifes, sondern auch die Anzahl der Kassenstellen. Rund 1600 Patienten würden pro Jahr betreut und bekämen eine Therapie auf Krankenschein, weitere 2200 erhalten laut Heidegger einen Zuschuss. Dieser betrage seit Jahren 21 Euro und sei zu niedrig. Die Klienten müssten so zu tief in die Tasche greifen. Nur die schwersten Fälle würden eine Therapie auf Krankenschein erhalten.

„Wir betreuen derzeit lediglich 0,7 Prozent der Bevölkerung. Der Bedarf an Betreuung steigt aber von Jahr zu Jahr“, erklären Heidegger und seine Stellvertreterin Melanie Madlung. So gebe es in Lienz zwar Psychiatriebetten am Krankenhaus, allerdings zu wenig Kassenstellen im niedergelassenen Bereich.



Therapeuten seien wegen der Arbeitsbedingungen bald selbst Burnout-gefährdet, fürchtet der Verband. Foto: Keystone

Osttirol sei tatsächlich ein unterversorgter Bezirk, räumt auch der stellvertretende Direktor der Gebietskrankenkasse, Heinz Hollaus, ein. Mit weiteren Zugeständnissen ist es dann allerdings vorbei.

Die Kasse habe viel getan. 2010 habe die TGKK 2,9 Millionen Euro für Psychotherapien bezahlt. 2011 habe man noch einmal um 300.000 Euro aufgestockt und einen Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpsychiatrie gelegt. Die

Tarife hat Hollaus mit dem TLP ausverhandelt. „Da ist nichts mehr daran zu rütteln.“ Eine Erhöhung lehnt er ab. Im Österreichvergleich liege Tirol gut. Außerdem müsse die Relation zu den Ärzteonoraren stimmen. Psychotherapeuten bekämen 52 Euro pro Stunde. Dass dieser Vergleich hinkt, weil die Tätigkeit und die Ausbildung eine ganz andere sei, lässt Hollaus nicht gelten.

Er verlangt den Therapeuten Flexibilität ab. Vor allem

in der Inntalfurche ortet Hollaus ein Überangebot an Therapeuten, eine Unterversorgung stellt er in den Bezirken Reutte, Lienz, Kitzbühel und in den Seitentälern des Oberlandes fest.

Beim Landesverband macht man sich Sorgen um die eigene Klientel. „Wenn die Arbeitsbedingungen sich nicht verbessern, dann sind am Ende die Therapeuten noch Burnout-gefährdet“, warnen Heidegger und Madlung.



Die Pläne zum Gemeinschaftskraftwerk Inn müssen laut Bundesumweltse-nat nachgebessert werden, für den Fischbestand muss ein dauerhaftes Überleben gesichert werden. Symbolfoto: Böhm

GKI: Erfolg für Berufungswerber

Pfunds, Wien – Ein überraschendes Ergebnis von der Berufungsverhandlung des Bundesumweltse-nats gestern Mittwoch in Wien teilte Rechtsanwalt Andreas Brugger mit. Brugger, der die Interessen der Gemeinden Pfunds, Tösens und Ried vertritt, berichtete am späten Abend: „Der Vorsitzende des Senats erklärte, dass mit dem vorliegenden Projekt der Kraftwerksbetreiber das Überleben des Fischbestandes nicht dauerhaft sichergestellt werden kann. Die Betreiber des Gemeinschaftskraftwerks Inn haben jetzt vier Wochen Zeit, um entsprechende Nachbes-

serungen einzureichen.“ Der Pfunds-Bürgermeister Gerhard Witting, der wiederholt Kritik am UVP-Verfahren der Umweltabteilung des Landes geübt hat, sieht sich bestätigt: „Das Ergebnis ist eine schallende Ohrfeige für die damaligen Betreiber des Behördenverfahrens. Es hat dabei grobe Mängel gegeben. Wir Bürgermeister haben ja ein Alternativprojekt vorgelegt, mit dem die Problematik des Fischbestandes kein Thema ist.“

Hinweis: Dieser Bericht konnte wegen des späten Eintreffens nicht mehr im Lokalteil der *TT* berücksichtigt werden. (*hwe*)

Piraten wollen auch Innsbruck entern

Innsbruck – Nach den Wahlen in Berlin, bei denen sie auf Anhieb den Einzug ins Landesparlament geschafft hatte, war die Piratenpartei in aller Munde. Der lose Zusammenschluss von Menschen, die für mehr Bürgerrechte, mehr direkte Demokratie und Mitbestimmung eintreten, versetzte den etablierten Parteien einen politischen Aha-Effekt. Hauptsächlich über die neuen Medien wie Internet und Kommunikationsplattformen wie Facebook oder Twitter versuchen sie ihre Botschaften zu ver-netzen.

Als Nächstes wollen die Piraten jetzt auch in Innsbruck ein Gemeinderatsmandat entern, wie Alexander Ofer (39) gegenüber der *TT* erklärt. Seit Freitag werben sie um Unterstützungserklärungen, für eine Kandidatur benötigt die Piratenpartei 100 Unterschriften. Für Ofer, derzeit einer von sechs Gemeinderatskandidaten, ist die Innsbruck-Wahl auch ein Test, „ob sich unser Projekt für mehr direk-



Die Piratenflagge soll künftig auch im Rathaus wehen. Foto: Keystone

te Demokratie auch in Tirol umsetzen lässt“. Themen für den Wahlkampf in Innsbruck sind soziale Gerechtigkeit und Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. „Und natürlich geht es uns auch um die Mitbestimmung der Bürger, die viel stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen.“

Alexander Ofer ist überzeugt, dass die Piraten die erste Hürde für ihr Antreten mit 100 Unterschriften überspringen können. „Ein Gemeinderatsmandat ist unser großes Ziel.“ (*pn*)